

Stuhr ist nicht Berlin

Hier eine Auflistung der Erfolge der aktuellen Regierung, angeführt von der CDU

Infrastruktur, Bauen & Wohnen

Bau-Turbo gezündet: Kommunen können ohne B-Plan Wohnungen genehmigen (bis 2030), aufstocken oder in zweiter Reihe bauen

Baugesetzbuch-Novelle Herbst 2026: bei der Bauplanung wird Vereinfachung und Digitalisierung Standard.

Neuer Gebäudetyp E Ende 2026: bei hohen Baukosten machen wir einfacher und günstiger bauen möglich.

Bundesförderung: 4 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau (Niedersachsen: 380 Mio. Euro Bund+Land), 1 Milliarde **Städtebauförderung → 6,3 Mio. Euro von Bund und Land für LK Diepholz in 2026** (Diepholz, Stuhr, Sulingen, Syke, Wagenfeld)

KfW-Zinsen gehen bei 0,01 % los (Eigentumsförderung für Familien), Neubaustandard EH55 ist wieder förderfähig (Zins ab 1 %, 100.000 Euro / Wohneinheit), KfW-Reform ab 2027 macht Förderkulisse einfacher und übersichtlicher

KfW-Kredite in Diepholz: 36,8 Mio. Euro Bau & Sanierung im ersten Vierteljahr 2026

Straße, Schiene, Wasserwege: große Verkehrsprojekte liegen künftig im „überragendem öffentlichen Interesse“, Umweltprüfungen nicht mehr doppelt, Ausgleichsmaßnahmen Natur künftig auch finanziell, Planfeststellungsverfahren künftig digital, Verbandsklagerecht wird eingeschränkt.

Sondervermögen – Kommunen: rund 130 Mio. Euro für Landkreis Diepholz und seine 15 Kommunen

Bauvorhaben im Rahmen des Sondervermögens in Diepholz:

L202 Fahrbahnsanierung: Sulingen → Vorwohlde, 3 Abschnitte, ab 2026

L356 Fahrbahnsanierung: Sudwalde → Neubruchhausen, 2026

L341 Fahrbahnsanierung: B61 → Ehrenburg, 2029

Neubau Brücke Wagenfeld-Ströhen, 2026

L 354 Fahrbahnsanierung: Syke → Schnepke, 2027

L 853 Fahrbahnsanierung: Dümmerlohhausen → Lembruch, 2027

L 335 Fahrbahnsanierung: B6 → Kirchweyhe,

Unternehmen und Landwirtschaft

Entlastungen für Unternehmen

Steuerentlastungen (in Kraft):

- - Turboabschreibung 3x30 für Investitionen,
- Turboabschreibung für E-Dienstwagen: 75 % der Anschaffungskosten im 1. Jahr,
- 7 % Umsatzsteuer auf Speisen in Restaurants,
- Körperschaftsteuer sinkt schrittweise ab 2028 von 15% auf 10%,
- Agrardieselmrückvergütung für Landwirte wieder eingeführt,
- Luftverkehrssteuer gesenkt,
- Stromsteuer für produzierende Unternehmen auf 0,05 ct/kWh (statt 2 ct/kWh) gesenkt

Bürokratierückbau: Berichtspflichten werden gestrichen – Ministerien müssen künftig begründen, warum eine Pflicht nötig ist (Beweislastumkehr). Weniger Betriebsbeauftragte.

Im ersten Jahr wurden Maßnahmen beschlossen, die Bürokratiekosten in Höhe von 10 Mrd. Euro einsparen

Stuhr ist nicht Berlin

Genehmigungsfiktion in der Bundesverwaltung: Anträge gelten nach 4 Monaten automatisch als genehmigt, wenn die Behörde keinen besonderen Prüfbedarf hat.
Lieferkettengesetz: deutsches Gesetz außer Kraft, EU-Variante deutlich entschlackt → gilt nur noch für Firmen ab 5.000 Beschäftigten und 1,5 Mrd. Euro Umsatz
Schnellere Vergabe: Direktvergabe bis 50.000 Euro, weniger Nachweispflichten.
Work-and-Stay-Agentur kommt: eine Anlaufstelle macht die Anwerbung ausländischer Fachkräfte einfacher und schneller.

Ausländer mit Heilberuf (Arzt, Zahnarzt, Apotheker sowie Hebamme) können ihre Qualifikation durch direkte Kenntnisprüfung leichter nachweisen

KfW-Mittel in Diepholz: 34,7 Mio. Euro für Mittelstand im ersten Vierteljahr 2026

Landwirtschaft

Agrardieselnrückvergütung wieder eingeführt

Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) bleibt 2025/2026 stabil bei 907 Mio. Euro – für Landwirtschaft, Ehrenamt und Dorferneuerung

Bürokratie massiv abgebaut: u.a. Stoffstrombilanz ist abgeschafft, neues Bürokratierückbaugesetz (Kabinett 15. Juli 2026) kommt und entlastet um 13 Mio. Euro/Jahr

Schnellere Pflanzenschutzzulassung beschlossen, neues Düngegesetz kommt

Neue Agrarexportstrategie: Märkte (wieder)geöffnet – z. B. USA, Kanada, China, Philippinen

Wolf ins Jagdgesetz aufgenommen (→ siehe Themenblock unter Sicherheit)

Reformen des Sozialstaats

Reform der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)

Eine der größten Sozialstaatsreformen der letzten Jahrzehnte – damit die GKV stabil und bezahlbar bleibt.

Ohne Reform droht ein Finanzloch: -15 Mrd. Euro ab 2027, -40 Mrd. Euro ab 2030.

Beiträge bleiben stabil – gut für Versicherte, Mittelstand und Arbeitsplätze. Seit 2022 hatten sich die Zusatzbeiträge mehr als verdoppelt.

Bürgergeldempfänger: der Bund übernimmt schrittweise mehr Kosten ihrer Krankenversicherung. 2027: 1 Mrd. Euro, ab 2031: 2,75 Mrd. Euro jährlich

Alle leisten einen fairen Beitrag:

Versicherte: Medikamentenzuzahlungen steigen; Mitversicherung von Ehegatten kostet 2,5% des Einkommens (außer bei Kindern bis 12 J., Pflegegrad 3-5, Erwerbsminderung, Rente, Behinderung).

Ärzte: Honorarzuwächse werden an die Grundlohnrate gekoppelt.

Apotheken: der Kassenabschlag steigt.

Pharmaindustrie: neuer Herstellerabschlag.

Krankenkassen: Gehaltsdeckel für Vorstände, Werbekosten gekürzt, Verwaltungskosten an die Grundlohnrate gekoppelt.

Arbeitgeber: höhere Zuschüsse zu Minijobs und höhere Beitragsbemessungsgrenze.

Rentenreform

Rentenniveau gesichert: bis 2031 bei 48 %. Zum 1. Juli 2026 steigen die Renten um 4,24 %.

Aktivrente seit 1. Januar 2026: Wer im Rentenalter weiterarbeitet, verdient 2.000 Euro im Monat steuerfrei (nur Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung).

Stuhr ist nicht Berlin

Mütterrente: 3 Jahre werden für alle anerkannt, auch für vor 1992 geborene Kinder (ab 2027).

Frühstart-Rente: der Staat zahlt Kindern 10 Euro im Monat in ein eigenes Altersvorsorgedepot – Start mit dem Jahrgang 2020.

Vorschläge der Alterssicherungskommission: Gesetzliche Kapitalrente für alle nach schwedischem Vorbild; alle (auch Selbständige, Beamte, Abgeordnete) zahlen künftig in die Rentenkasse ein; Regelaltersgrenze steigt 2031–2041 schrittweise von 67 auf 67,5 Jahre (gekoppelt an Lebenserwartung); abschlagsfreie Rente nach 45 Jahren entfällt. Umsetzung aller 33 Empfehlungen bis Ende 2026 geplant.

Riester wird durch Altersvorsorgedepot ersetzt (ab 2027), günstiges Standarddepot

Kommunen und Digitalisierung

Entlastung der Kommunen durch den Bund

Sondervermögen Infrastruktur: 500 Mrd. Euro insgesamt – davon fließen 100 Mrd. Euro direkt an Länder und Kommunen, für Straßen, Schulen, Kitas und Krankenhäuser.

→ 9,4 Mrd. Euro für Niedersachsen, **64,5 Mio. Euro für LK Diepholz**

Kommunalentlastungsgesetz (LKEG): 1 Mrd. Euro pro Jahr von 2026 bis 2029, rückwirkend zum 1. Januar 2026. Seit Juli 2026 in Kraft.

Durchbruch beim Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, bezahlt“): Ab 1. September 2026 übernimmt der Bund 80 % der Mehrkosten neuer Leistungsgesetze, wenn diese über 200 Mio. Euro pro Jahr liegen.

Infrastruktur-Zukunftsgesetz: Verkehrsprojekte erhalten Prioritäts-Status („überragendes öffentliches Interesse“), Planungsverfahren werden digital und schneller.

Steuerausfälle der Kommunen durch die Steuersenkungen gleicht der Bund vollständig aus.

Eingliederungshilfe/Kinder- und Jugendhilfe: mehr Poolösungen

Digitalisierung

Erstes eigenes Digitalministerium: treibt Staatsmodernisierung und Bürokratierückbau zentral voran.

Digitaler Fahrzeugschein: schon heute in der i-Kfz-App auf dem Smartphone nutzbar.

EUDI-Wallet kommt am 2. Januar 2027: die digitale Brieftasche fürs Smartphone – Ausweis, Führerschein und Nachweise künftig digital → kostenlos und freiwillig.

Digitaler Führerschein: kommt bis Ende 2026 aufs Smartphone – die Karte bleibt gültig.

Digitale Verwaltung: vorausgefüllte digitale Steuererklärung, komplett digitale Planungsverfahren statt Papierakten. Ziel: papierloses Rathaus.

Soziales, Arbeitnehmer und Familien

Entlastungen für Arbeitnehmer

Einkommensteuer sinkt zum 1. Januar 2027: Eine berufstätige Familie mit zwei Kindern und 60.000 Euro Einkommen spart rund 600 Euro im Jahr.

Grundfreibetrag, Kinderfreibetrag, Kindergeld, Arbeitnehmerpauschbetrag steigen

Höhere Steuerfreiheit für Sonn- und Feiertagszuschläge – wer anpackt, hat mehr davon.

Stuhr ist nicht Berlin

7 % Mehrwertsteuer im Restaurant entlastet auch die Gäste.
Pendlerpauschale: Seit 2026 38 Cent ab dem ersten Kilometer
Abfindungen steuerlich begünstigt – je schneller der neue Job, desto größer der Vorteil.
Ehrenamt: Übungsleiterpauschale erhöht (auf 3.300 Euro), Ehrenamtspauschale erhöht (auf 960 Euro), Vereine finanziell bessergestellt und Haftungsschutz verbessert.

Neue Grundsicherung seit 1. Juli 2026

Bürgergeld ist abgeschafft. Fördern und Fordern gilt wieder.
Klare Regeln: Wer wiederholt Termine schwänzt oder zumutbare Arbeit ablehnt, erhält keine Leistungen. Karenzzeit beim Vermögen gestrichen, Kostendeckel bei zu teurem Wohnraum.
Vermittlungsvorrang: Menschen in Arbeit bringen statt Arbeitslosigkeit verwalten.
Aktionsplan gegen Sozialleistungsmissbrauch und härteres Vorgehen gegen Schwarzarbeit.

Führerscheinreform (ab 2027)

Ziel: Führerschein wieder bezahlbar. Heute kostet er im Schnitt rund 3.400 Euro – gerade auf dem Land eine große Hürde.
Theorie digital: Die Präsenzplicht entfällt, Lernen ist komplett per App möglich.
Flexiblere Praxis: keine starren Vorgaben mehr zur Zahl der Sonderfahrten; kürzere praktische Prüfung (25 Minuten Fahrzeit).
Mehr Transparenz: Preise und Erfolgsquoten aller Fahrschulen werden online vergleichbar.
Geschätzte Entlastung: für Bürger ca. 768,9 Mio. Euro Sachaufwand pro Jahr; Wirtschaft ca. 142,7 Mio. Euro pro Jahr

Familie & Bildung

Ganztagsausbau Förderung Bund: **7,4 Mio. Euro für Diepholzer Schulen, 2 Jahre längere Frist für Ganztagsausbau.**
Digitalpakt 2 des Bundes: 5 Milliarden Euro bis 2030, 200 Mio. Euro für Niedersachsen. **Seit 2019 sind 19 Mio. Euro nach Diepholz/Nienburg geflossen.**
Bundesmittel für Niedersachsen: 377 Mio. Euro für Ausbau von Kitas & Hochschulen bis 2029, 70 Mio. Euro für Sprachförderung, Schulsozialarbeit und Erzieherausbildung.
Kindergeld muss künftig nicht mehr beantragt werden und wird erhöht

Energie und Heizen

Energie

Gasspeicherumlage wurde abgeschafft, die Netzentgelte gesenkt (insgesamt 10 Milliarden Euro) – das macht Strom und Gas günstiger.
Weniger Stromsteuer für energieintensive Unternehmen, dazu der Industriestrompreis.
Heizungsgesetz der Ampel abgeschafft, neues Gesetz technologieoffen.
Spritpreise wegen Irankrise für 2 Monate um 17 Cent gesenkt
Biogaspaket: Höhere Werte für Ausschreibungen, Flexibilitätzuschlag steigt auf 100 Euro/kW/Jahr, Ausschreibungsvolumen 2026 auf 1.126 MW deutlich angehoben, Maisdeckels sinkt auf 25 % bis 2026.

Stuhr ist nicht Berlin

Neues Heizungsgesetz (Gebäudemodernisierungsgesetz)

Heizungshammer der Ampel wird abgeschafft: keine Austausch- und Sanierungspflichten mehr. Freie Wahl im Heizungskeller, Gas-/Ölheizungen bleiben erlaubt.

65-Prozent-Pflicht entfällt: keine Verbote bestimmter Heizungsarten mehr.

Bio-Treppe: ab 2029 stufenweise klimafreundliche Brennstoffe (Start: 10 %), Schritte bis 2045. Für den klimafreundlichen Anteil entfällt der CO₂-Preis.

Vermieter und Mieter tragen bei fossilen Heizungen 50:50 die Mehrkosten für CO₂-Preis und Netzentgelte.

Wärmeplanung: deutlich weniger Aufwand für kleine Kommunen bis 15.000 Einwohner.

Neue Heizungsförderung startet 21.7.26, Förderung stärker an Einkommen gekoppelt.

Sicherheit, Wolf, Migration

Sicherheit

Erste Reform des Bundespolizeigesetzes seit 1994: Möglichkeit der verdachtsunabhängigen Kontrollen in Messerverbotzonen; die Befugnis zur Telekommunikationsüberwachung, mehr Befugnisse zur Abwehr von Drohnen; Haftanträge von vollziehbar Ausreisepflichtigen; der Einsatz von automatisierter Videotechnik und biometrischer Gesichtserfassung
Elektronische Fußfessel wird zentral beim Opferschutz

Wolf

Der Wolf steht jetzt im Bundesjagdgesetz – rechtzeitig vor der Weidesaison.

Das Problem ist real: Allein 2024 haben Wölfe 4.300 Schafe, Ziegen und Rinder gerissen. Landwirte und Schäfer bangen um ihre Existenz.

Problemwölfe können künftig schneller und einfacher geschossen werden.

Bestandsmanagement: Die Länder dürfen den Wolf kontrolliert bejagen lassen, wo der günstige Erhaltungszustand erreicht ist – das ist in den meisten Regionen der Fall.

Almen und Deiche: Dort dürfen eindringende Wölfe unabhängig vom Bestand geschossen werden – Weidetiere sichern Deiche und halten Berge offen.

Migration

Illegale Migration 2025 um 51 % reduziert, Asylanträge um mehr als 50 % gesunken – durch verstärkte Grenzkontrollen und konsequente Zurückweisungen.

Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten für zwei Jahre ausgesetzt.

Schluss mit der „Turboeinbürgerung“ nach drei Jahren; Betrug im Einbürgerungsverfahren führt zu zehn Jahren Einbürgerungssperre.

Recht durchgesetzt: Europäisches Asylsystem (GEAS) in nationales Recht umgesetzt, Ziel der „Begrenzung“ wieder im Aufenthaltsgesetz, sichere Herkunftsstaaten einfacher einstuftbar.

Nächste Schritte: mehr Rückführungen und Migrationsabkommen, mehr Abschiebehaft-Plätze; wer straffällig wird, muss unser Land verlassen. Sozialleistungen für

Ausreisepflichtige nur noch auf das Nötigste.

Klar ist auch: Wir stehen zum Grundrecht auf Asyl.